

Landeshauptstadt Stuttgart  
Der Oberbürgermeister  
GZ: 1318

Stuttgart, 21.01.2021

## Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen CDU-Gemeinderatsfraktion
Datum 16.10.2020
Betreff Jeglichen Extremismus im Blick behalten – auch den Linksextremismus

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Die Stadtverwaltung stellt sich entschieden gegen jedwede Form des Extremismus. Polarisierende Effekte in unserer Gesellschaft stellen aber offenbar in den zurückliegenden Jahren eine zunehmende Gefahr für ein friedliches Zusammenleben dar.

Der Schutz vor und der Kampf gegen Extremismus ist ein komplexes und gesamtgesellschaftliches Dauerthema. Beginnend mit niederschweligen Angeboten bis hin zu ganz konkreten Projekten gegen Extremismus beteiligen sich daran neben anderen staatlichen Institutionen und Institutionen zur Förderung demokratischer Werte auch verschiedene Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung.

Zur Frage, wie die Landeshauptstadt Stuttgart die langzeitlichen Entwicklungen des Linksextremismus in Stuttgart beurteilt und was seitens der Stadtverwaltung mit welchem Personalansatz und mit welchen finanziellen Mitteln unternommen wird, um der Problematik wirkungsmächtig zu begegnen, wird wie folgt Stellung genommen:

### 1.) Zur Frage der langzeitlichen Entwicklungen des Linksextremismus:

Zur Beantwortung wurden das Polizeipräsidium Stuttgart und das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration einbezogen.

#### 1.1) Polizeipräsidium Stuttgart

Politisch motivierter Kriminalität -links- (PMK-links) werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (ein-

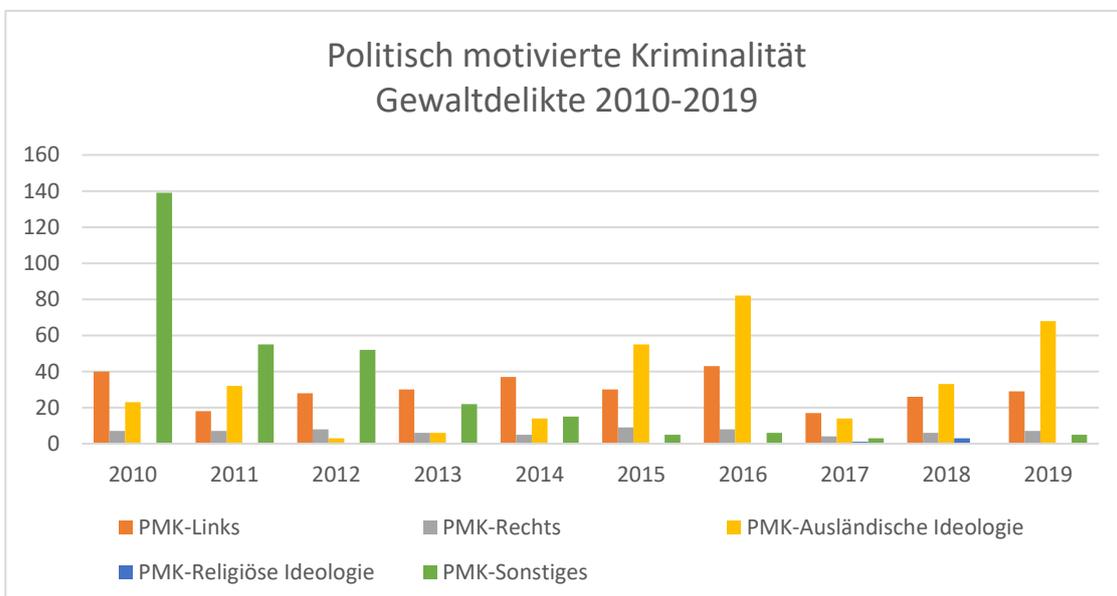
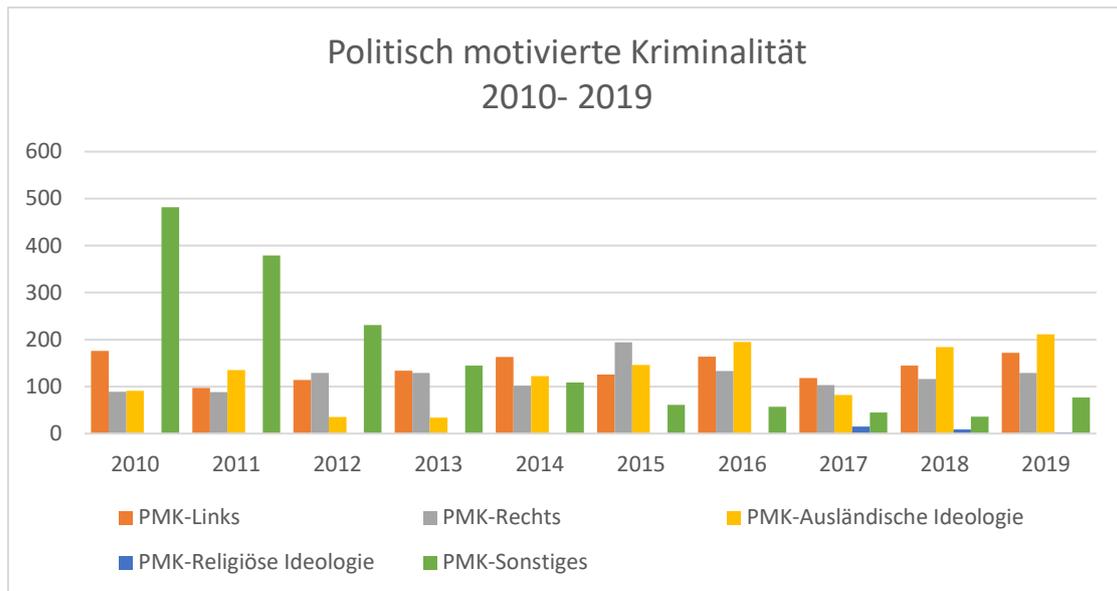
schließlich revolutionärem Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind in der Regel als linksextremistisch zu qualifizieren.

Die drei wichtigsten Aktionsfelder des Linksextremismus in Baden-Württemberg und in Stuttgart sind

- Antifaschismus
- Antirepression und
- Antigentrifizierung.

Zur Entwicklung der Zahlen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) im Bereich des Polizeipräsidiums Stuttgart:

Jahr	PMK gesamt	PMK- Links	PMK- Rechts	PMK- Ausl. Ideologie	PMK- Rel. Ide- ologie	PMK- Sonst
2010	838	176	89	91		482
(davon Gewaltdelikte)	209	40	7	23		139
2011	699	97	88	135		379
(davon Gewaltdelikte)	112	18	7	32		55
2012	509	114	129	35		231
(davon Gewaltdelikte)	91	28	8	3		52
2013	442	134	129	34		145
(davon Gewaltdelikte)	64	30	6	6		22
2014	496	163	102	122		109
(davon Gewaltdelikte)	71	37	5	14		15
2015	527	126	194	146		61
(davon Gewaltdelikte)	99	30	9	55		5
2016	549	164	133	195		57
(davon Gewaltdelikte)	139	43	8	82		6
2017	363	118	103	82	15	45
(davon Gewaltdelikte)	39	17	4	14	1	3
2018	490	145	116	184	9	36
(davon Gewaltdelikte)	68	26	6	33	3	0
2019	592	172	129	211	3	77
(davon Gewaltdelikte)	109	29	7	68	0	5



Zu beiden Grafiken: Die hohen Fallzahlen des Phänomenbereichs PMK-Sonstige des Jahres 2010 und der Folgejahre resultieren aus Delikten im thematischen Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Stuttgart 21“.

## 1.2) Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (IM BW)

Das IM BW teilt mit Blick auf das gesamte Bundesland mit, dass sowohl die Polizei Baden-Württemberg als auch das Landesamt für Verfassungsschutz BW (LfV) die politisch motivierte Kriminalität und den Extremismus – egal aus welcher Richtung – fest im Blick haben.

Mit Blick auf die linksextremistische Szene von Baden-Württemberg ist durch das LfV BW zu konstatieren, dass eine derart massive Form der Gewalt, wie sie am Rande des Demonstrationsgeschehens „Mahnwache für das Grundgesetz“ am 16. Mai 2020 in Stuttgart gegen drei Personen verübt wurde, weitgehend abgelehnt wird.

Ungeachtet dessen ist insbesondere in den Aktionsfeldern „Antifaschismus“ und „Antirepression“ auch abseits der gewaltorientierten Szene im Raum Stuttgart immer wieder festzustellen, dass einzelne Mitglieder oder Sympathisanten im Umfeld links-extremistischer Gruppen bei ihren Aktivitäten auch Straftaten begehen.

Ferner bietet das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) seit dem Jahr 2018 kostenlose Beratungsangebote für die Bereiche Rechtsextremismus und religiös motivierten Extremismus an. Seit Juli 2020 erhalten nun auch Ausstiegswillige aus der linksextremistischen und der ausländerextremistischen Szene beim konex Hilfe, wenn sie freiwillig aus der extremistischen Szene aussteigen wollen und dabei Unterstützung suchen. Das Angebot richtet sich nicht zuletzt auch an Angehörige und das engere Umfeld von Personen aus der extremistischen Szene.

Im Zusammenhang mit den Gegenprotesten zu den „Corona- bzw. Querdenken-Demonstrationen“, verzeichnete das LfV BW zuletzt – vor allem im April und Mai 2020 – einen Anstieg linksextremistischer Militanz in Stuttgart.

## **2.) Zur Frage der personellen und finanziellen Ausstattung und Prävention:**

Für die Beantwortung wurden Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung einbezogen.

Bei der Abteilung Integrationspolitik (SI-IP) werden im Rahmen der Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie Projekte gefördert, die sich generell gegen Extremismus und Rassismus richten, darunter befindet sich auch das Projekt zur politischen Bildung in Vorbereitungsklassen „Hallo Demokratie“.

Partnerschaften oder Kooperationen mit mannigfaltigen Organisationen bestehen, insoweit sie demokratische Werte achten. Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden, gehören nicht zu den Kooperationspartnern von SI-IP. Dazu lassen sich auch PKK-nahe Organisationen zählen.

Um polarisierende Effekte in der Gesellschaft zu mildern, wurde von SI-IP und SOS-KKP das Modellprojekt „Respektlotsen“ initiiert.

Das Referat JB teilte in seiner Antwort das entschiedene Engagement zur Demokratiebildung mit, das sich insbesondere beim Jugendamt über den Projektmittelfonds Zukunft der Jugend für 2021 abbilden lässt. Dabei liegt der Förderschwerpunkt auf „Partizipation und Demokratiebildung“. Zielsetzung dabei ist die direkte Beteiligung und Willensstärkung von Jungen und Mädchen, um gesellschaftliche Zusammenhänge, Rechte, Gesetze und Normen einer Demokratie zu verstehen und sich eine eigene Position erarbeiten zu können.

Unterstützt werden Projekte, die unter anderem

- Wert auf neuartige Beteiligungsformate legen, die auch bisher partizipationskritische junge Menschen gewinnen wollen.
- ein offenes Miteinander vorantreiben, Konfliktkultur und Kompromissfähigkeit schulen,
- jungen Menschen durch direkte Beteiligung Grundlagen und Werte einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft vermitteln und damit bei der Bildung einer eigenen Meinung unterstützen,
- Demokratiebildung in die Alltagswelt Jugendlicher einbinden.

Die Stuttgarter Jugendhausgesellschaft teilte mit, dass Präventionsarbeit in der offenen Jugendarbeit häufig situativ passiert. Dazu zählt insbesondere, dass bestimmte Äußerungen in Einzel- oder Gruppensettings aufgegriffen werden, um eine differenzierte Sicht der Dinge aufzuzeigen. Dabei werden Perspektivenwechsel und Rollen-

spiele angewandt, wobei auf Unterlagen der Landeszentrale für politische Bildung zurückgegriffen wird.

Mit InsideOut der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft steht ein probates Präventionsprojekt zur universellen Prävention von Radikalisierungstendenzen zur Verfügung (Stärkung des Hintergrundwissen, Sensibilisierung und Früherkennung radikaler Tendenzen).

Durch den Dialog mit muslimischen Verbänden und Moscheen in verschiedenen Stadtteilen wird kooperativ ein friedlicher und moderater Islam in den Vordergrund gerückt. Hinsichtlich der Spannungen türkischer und kurdischer Gruppen, bei denen auch die Linke Szene eine Rolle spielt, lassen sich so auch niederschwellige Ansätze zum Dialog finden.

In der Tätigkeit von Lernort Geschichte mit Schulklassen werden ebenfalls präventiv Radikalisierungsthemen aufgegriffen.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg führte im November 2019 eine Fortbildung für Fachkräfte der Mobilien Jugendarbeit, Jugendhäuser, Stadtteil- und Familienzentren und die Jugendhilfe im Strafverfahren durch.

Der Stadtjugendring Stuttgart leistet Präventionsarbeit und politische Bildung gegen Radikalisierung, unter anderem mit Bundesmitteln im Rahmen des Projektes „Demokratie leben“ (<http://partnerschaft-fuer-demokratie-stuttgart.de/>).

Präventionsarbeit geschieht überdies gezielt insbesondere an weiterführenden Schulen und an Berufsschulen durch das Polizeipräsidium Stuttgart und die Fachberatungsstelle Extremismus InsideOut e.V. (freie Institution), wobei insbesondere das Präventionsprojekt „X-Games“ Anwendung findet.

Dieses Projekt wurde zuletzt auch durch Finanzmittel aus dem kommunalen Haushalt '18/'19 bezuschusst.

Eine exakte Aufstellung aller Personal- und Finanzressourcen ist nicht möglich.

In Vertretung

Dr. Fabian Mayer  
Erster Bürgermeister

Verteiler  
<Verteiler>